

Er scheint in Leipzig  
Wittich, Freitag, Sonntag.  
Abonnementspreis  
Der ganz Teufelsch 1 M. 50 Pf. von  
Quartal.  
Monatlich-Abonnements  
werden bei allen deutschen Verlagsstellen  
auf den 2. und 3. Monat, und auf den  
3. Monat besonders angenommen; im  
Wolter, Sadler und Herzog's. Verlags-  
Stempel auch auf den 1ten Monat  
des Quartals à 54 Pf.  
Inserate  
Beiz. Veranlassungen p. Zeile 10 Pf.  
Beiz. Privatangelegenheiten und Briefe pro  
Zeile 10 Pf.

# Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen  
nehmen an alle Verlagsstellen und Buch-  
handlungen des In- u. Auslandes.  
Filial-Expeditionen.  
New York: Soc. Democr. Massen-  
schaftsbuchhandlung, 154 Eldridge Str.  
Philadelphia: S. Soc., 630 North  
3rd Street.  
J. Soc., 1129 Charlotte Str.  
Boston N. J.: S. Soc., 215 Wash-  
ington Str.  
Chicago: A. Sanfermann, 74 Clybourne Ave.  
San Francisco: S. Soc., 438 O'Farrell Str.  
London W.: S. Soc., 5 New St.  
Golden Square.

Nr. 87.

Freitag, 26. Juli.

1878.

**Parteigenossen! Laßt Euch nicht provo-  
zieren! Man will schießen. Die Reaktion braucht  
Krawalle, um das Spiel zu gewinnen.**

## Der Lehmann-Hödelprozeß.

Am 10. o. hat der Prozeß gegen Lehmann-Hödel statt-  
gefunden.

Wir wollen alles dabei Vorgebrachte unbesehen mit in Kauf  
nehmen: Die widersprechenden Zeugenaussagen darüber, ob die  
Schüsse wirklich gegen den Kaiser gerichtet waren; ferner über  
die Zahl der abgegebenen Schüsse; über die vorgefundenen  
„Stüchlein Blei“, „anscheinend Kugeln“; und daß trotzdem die  
Finger derselben bei der Verhandlung wieder ganz andere Namen  
trugen, als die vorher in den Blättern angeführten, so daß,  
wenn man nur die öffentlich genannten Kugelfinder zusammen-  
zählt, sich schon mehr Kugeln „gefunden“ hätten, als überhaupt  
abgeschossen wurden.

Auch daß sämtliche Kugeln vor dem Hause der russischen  
Botschaft aufgefunden wurden, trotzdem L. H. den ersten Schuß  
von da aus in entgegengesetzter Richtung, den dritten und (an-  
geblich) vierten aber in der Mittelpromenade der „Binden“, also  
vom russischen Botschaftshotel schon weit entfernt, abgefeuert  
hatte — dieses und noch vieles, vieles andere, höchst Bedächtige  
wollen wir ohne viel Grübeln hinnehmen; man soll sehen, daß  
wir nicht solche Ungläubige sind, wie man uns immer vor-  
wirft.

Was aber hat die Verhandlung, so wie sie geht und steht,  
zu Tage gefördert? Nichts als unsere glänzendste Recht-  
fertigung!

Daß man es hier mit einem ernsthaften, seiner Handlung  
klar bewußten politischen Verbrecher zu thun habe, das zu be-  
haupten war kein reaktionär-liberales Blatt schamlos genug.  
(Und das will schon was sagen.)

Und in der That — hätte es für den ruhig Urtheilenden  
noch eines Beweises bedurft, daß man es in dem Urheber der  
jetzigen traurigen Wirren nicht mit einem politischen Verbrecher,  
sondern, wie wir von Anfang an sagten, mit einem gänzlich  
herabgekommenen, körperlich degenerierten und geistig allenfalls  
(krankhaft affizierten) Individuum, kurz mit einem Hirnkranken,  
einem Idioten zu thun habe, — L. H.'s Verhalten vor dem  
Staatsgerichtshof hätte diesen Beweis erbracht.

Das stereotype, blödsinnige Lächeln, das unmotivirte Auf-  
lachen bei den ernstesten Fragen, die schnoddrigen, grenzenlos  
abfälligen und banalen Redensarten und Antworten, das ganze  
hajojojohafte Benehmen, welches klar zeigte, wie wenig sich der  
Verbrecher des Ernstes der ganzen Sache, und daß es dabei um  
seinen Kopf gehe, bewußt war; der stumpfe, immer blödsinnig  
vor sich hinlächelnde Gleichmuth, mit dem er das Todesurtheil  
entgegennahm — all das ist nur bei einem Menschen möglich,  
bei dem das Denkvermögen und jeder logische Ideengang voll-  
ständig aufgehoben ist!

Das anwesende Publikum und das ganze Zeitungsgeheimiß  
hatte nicht genug Worte der Entrüstung über den „Cynismus“,  
die „Bestialität“ u. s. w., welche L. H. während des ganzen Ver-  
handlungsaktes zur Schau trug.

Dieses unverständliche Wuthgeschrei, wie es sich fast jedesmal  
bei Gerichtsverhandlungen über derartige Menschen erhebt, zeigt  
so recht die rohe Ignoranz unseres „civilisirten“ Zeitalters. Es  
erinnert an das Mittelalter, wo man sogar den Wahnsinnigen,  
den Epileptischen als vom Teufel Besessene ansah und behandelte.

Wie uns heute dieser Unsinn unbegreiflich ist, so wird einer  
späteren Zeit der Unsinn unbegreiflich sein, wie man Menschen  
à la Lehmann-Hödel, die nur vom Standpunkt des Pathologen  
(Arzts) zu verstehen sind, für ihre Worte und Handlungen an-  
feinden und mit dem Haken der Rechenschaft ziehen konnte,  
während doch nur das Mitleid und die Verweigerung in eine  
Zufuchtsstätte am Plage wäre.

Lehmann-Hödel ist für seinen Idiotismus ebenso wenig ver-  
antwortlich zu machen, als z. B. Herr v. Treitschke für den  
seinigen. Beide sind die unvermeidliche Mißgeburten unserer  
gesellschaftlichen Zustände.

Bemerkenswerth ist weiter noch die Correspondenz L. H.'s  
aus dem Gefängniß. Nirgend offenbart sich das Wesen, die  
geistige Verfassung eines Menschen so klar wie im Briefe. „Le  
style c'est l'homme.“ (Der Stil ist der Mensch.) Es giebt  
wenig Sprichwörter, die so wahr sind, wie dieses.

Nun brauchte man aber faktisch von L. H. nichts weiter zu  
kennen, als jenen confusen, sinnlosen, schwulstigen Schreibbrief,  
den er aus der Untersuchungshaft an seine Eltern richtete und  
der in der Anklage zur Verlesung kam, um zu wissen, mit wem  
man es zu thun hat.

Während er die Absicht, den Kaiser zu tödten, hartnäckig  
bestreitet, schreibt er in diesem Briefe, von dem er, falls er nur  
halbwegs bei Sinnen war, doch wissen mußte, welcher Veraten  
für seinen Untersuchungsrichter sei: „Es thäte ihm leid, nicht  
getroffen zu haben.“ Doch „noch ist Polen nicht verloren.“ Es  
habe „Deutschland an einem Theil gefehlt.“ (Armer Schiller!  
Gut für dich, daß du todt bist, sonst läßtst du sicher als sozial-  
demokratischer Heizer und „moralischer Mißthäter“ unter die  
Ausnahmegehe.) Es müsse „tabula rasa“ gemacht werden.  
„Krieg bis an's Messer“ u. s. w.

Welch ein raffiniertes, fein angelegtes Zeugnungssystem, nicht  
wahr?

So liegen sich noch die Beweise für die vollständige Alienation

(Geisteschwäche) des unglücklichen Attentäters fortsetzen. Er-  
wähnt sei doch noch das Zeugniß des Photographen, bei welchem  
L. H. acht Tage vor der That war und der vor Gericht depo-  
nirte, er sei damals schon überzeugt gewesen, es mit einem Irri-  
sinnigen zu thun zu haben.

Der erdrückenden Wucht all dieser Thatsachen hat sich denn  
auch sogar der Gerichtshof nicht zu entziehen vermocht.

Die Anklageschrift hebt ausdrücklich die Verwahrlosung und  
Entartung des Angeklagten von Kindheit auf hervor. Hätte das  
nicht wenigstens als mildernder Umstand gelten sollen?

Dem Staatsanwalt entschlüpft in seiner Anklagerede das  
Geständniß, L. H. sei offenbar „durch die unverständenen und  
unverdauten Lehren der Sozialdemokratie zu seiner That fort-  
gerissen worden.“

Also wohlgemerkt: Nicht weil L. H. die Lehren der Sozial-  
demokratie richtig verstanden und „verdaut“ hatte, beging er seine  
That, sondern gerade im Gegentheil: Weil er sie nicht ver-  
standen und nicht „verdaut“ hatte!

Dieses Jugeständniß eines so unverdächtigen Zeugen, wie es  
in dieser Sache ein preussischer Oberstaatsanwalt ist, ist allein  
schon mehr als ausreichend.

Die Krone aber wird dieser Reihe von entlastenden Juge-  
ständnissen im Urtheil selbst aufgesetzt. Der hohe Staatsgerichts-  
hof spricht erst die Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten aus,  
weil — sich für das Gegentheil kein Anhaltspunkt ergab. (In  
der That, das heißt sich die Erledigung dieses für die ganze  
Sache entscheidenden Punktes nicht allzu schwer machen.)

Kurz dahinter aber, bei der Erwägung, ob L. H. nur einen  
Selbstmord beabsichtigt haben könne, erklärt ihn der h. Gerichts-  
hof ausdrücklich für einen „geistig wie körperlich zerrütteten  
Menschen“.

Sieht der hohe Staatsgerichtshof nicht, in welchen heillosen  
Widerspruch er sich da begeben hat? Ein „geistig und körperlich  
zerrütteter Mensch“ und „Zurechnungsfähigkeit“? Wie reimt sich  
das zusammen?

Wir jedoch haben keine Veranlassung, dieses werthvolle Ju-  
geständniß geheim zu halten.

Parteigenossen! Den insamen Beschuldigungen gegenüber  
weist von jetzt ab nur auf das Urtheil des hohen Staats-  
gerichtshofs zu Berlin hin, in welchem ausdrücklich constatirt ist,  
daß jenes Individuum, welches am 11. Mai o. in Gegenwart  
des deutschen Kaisers einige Schüsse abfeuerte, kein im Besitze  
seiner normalen Geistesfunktionen befindlicher Sozialdemokrat,  
sondern ein „geistig und körperlich zerrütteter Mensch“  
war.

Wer, außer der schamlosesten Verlogenheit, kann uns nun  
noch für L. H.'s blödsinnige That verantwortlich machen wollen?  
Wir wünschen nur von ganzem Herzen, daß auch Nobiling  
am Leben erhalten und vor Gericht gestellt würde.

Wie bei dem ersten Attentäter würde sich dann auch bei  
diesem zweiten herausstellen, daß die Handlung, welche die be-  
rechnende Niedertracht unserer Feinde zu einem hochbedeutenden  
Symptom der „Verwilderung“ der „Massen“ durch die sozial-  
demokratischen Lehren, sozusagen zu einem Gesamtkrampf des  
deutschen Proletariats verzerrte, nichts weiter als die Ausgeburt  
eines einzelnen kranken Hirnes war.

Wie bald wird dann der „Verschwörer“, der „Abgesandte  
der St. Simonisten“ u. s. w. zu einem, mit erblichem Irren-  
thum behafteten, unglücklichen armen Narren zusammenschrumpfen,  
bei dem die bis dahin stille und unschädliche Rarheit durch ein  
Zusammensinken befördernder Umstände an jenem verhängnis-  
vollen Sonntag endlich zur gemeingefährlichen Raserei ausgeartet  
war.

Warten wir's ab.

## Deutschland und der Sozialismus

von Ludwig Bamberger.

Bon S. W.

(Fortsetzung.)

An den oben citirten Passus der Bamberger'schen Schrift  
schließt sich ein Gesänge von den im Grunde noch rückwärts lie-  
genden Zielen der Sozialdemokratie, und zwar liegen dieselben  
nach Herrn Bamberger viel weiter zurück, als die kühnsten  
Wünsche der politischen Reaktion schauen. Bis in's graue Mittel-  
alter, oder gar bis in's schwarze Heidenthum wollen die sozial-  
istischen Elemente, wie Herr Bamberger meint, die Gesellschaft  
zurückwerfen und alle Formen von Staat, Recht und Verkehr  
auflösen. Die abgedroschene Behauptung von der Rückläufigkeit  
des Sozialismus wird von Herrn Bamberger, wie üblich, mit  
keinem Wort erläutert oder bewiesen, er überhebt sich so un-  
bequemem Erörterungen, indem er einfach dekretirt. Aber die Be-  
hauptung, die Sozialisten wollten den Staat aufheben, ist geradezu  
lächerlich im Munde des Manchestermannes Bamberger. Wer  
hat je den Staat auf ein so niedriges Niveau degradirt, wie  
eben die Manchestermänner? Sie stellen doch den Staat durch  
ihre Festhalten an ihrem *laissez faire*, *laissez aller* faktisch auf  
nichts! Die Sozialisten dagegen wollen ihm nicht nur den  
Nachwächter- und Polizeidienst zuerkennen, sondern ihm auch die  
ganzen Produktionsmittel, die ganze Produktion und die  
Vertheilung dieser übertragen, wollen also dem Staate eine  
Nachthypothek geben, wie sie ihm noch nie zu Theil wurde, sie  
wollen ihn zu einem großen, lebensfähigen Organismus machen,  
mit einem Wort, wollen erst den Staat zum Staate, zum Brennpunkt  
aller Staatsindividuen machen — und das nennen Sie,  
Herr Bamberger, eine Auflösung des Staates? Aufgelöst soll  
nur das Krüppelthum von Staat werden, das heute existirt.  
Wie aus dem Schlosse der Schrift des Herrn Bamberger, wo er  
das Kollektivwesen bespricht, hervorgeht, weiß er, daß die So-

zialisten die Nachthypothek des Staates so bedeutend erweitern  
wollen; wie nun kommen Sie zu der Behauptung, daß sozial-  
istischerseits der Staat aufgehoben werden solle?

Höchstens könnten Sie sagen, der Staat sei der Aufgabe, die  
ihm die Sozialisten stellen, nicht gewachsen, oder auch nach der  
Manchesterdoktrin: Einrichtungen, wie sie die Sozialisten dem  
Staat übertragen wollen, gehören nicht in seinen Bereich; aber  
nie können Sie, wenn Sie nur sich selbst und Ihrer Doktrin  
treu bleiben wollen, Ihre Leser von der von den bösen Sozial-  
demokraten geplanten Auflösung des Staates unterhalten.

Pag. 14 sagt Herr Bamberger: „dem Bürgerthume fehle noch  
die starke materielle Unterlage.“ Sehr richtig und zwar  
weiter wir vorwärts schreiten, desto mehr wird die heute noch  
vorhandene materielle Unterlage schwinden, indem sich eben von  
Jahr zu Jahr die Kapitalien in immer weniger Händen con-  
centriren und dementsprechend das Proletariat wächst. In dem  
gleichen Maße, wie sich die „starke materielle Unterlage“ reduziert,  
vermindert sich auch die Bourgeoisie; eine kleine Anzahl sondert  
sich zur Geldaristokratie ab, die große Mehrheit wird zu Prole-  
tariern. Ebenso Recht hat Herr Bamberger, wenn er sagt, daß  
die Ursachen über unsere nicht genügenden gewerblichen Leistungen  
sich zum größeren Theil auf Schäden zurückführen ließen, die  
wenigstens so alt wie das Jahrhundert seien. Es ist jedoch das  
Streben der Produzenten, unter dem Geheße der „freien Con-  
currenz“ (durch dieses Thor halten nicht allein die ungenügenden  
Leistungen, sondern auch die gefälschten Produkte ihren feierlichen  
Einzug) gleiche Waaren zu möglichst billigem Preise auf den  
Markt zu bringen, und da greift nun der kleine, um nicht von  
dem großen Produzenten, dem er ja absolut nicht bekommen  
kann, verdrängt zu werden, und um seine eigene Stellung zu  
behaupten, zum Mittel der Täuschung. Er bietet einen Gegen-  
stand aus, der äußerlich dem seines Concurrenten ganz gleich,  
wenn nicht gar überlegen ist, nichtsdestoweniger aber in Wirk-  
lichkeit schlechter gearbeitet. Durch größere Theilung der Arbeit,  
durch Einkauf größerer Partien Roh- und Halbprodukte u. s. w.  
ist der große Produzent im Stande billiger zu produzieren wie sein  
kleiner Nachbar, und dieser, um sein Leben zu fristen, muß eben  
zur Täuschung seine Zuflucht nehmen. In Deutschland nun,  
wo die Industrie jünger und die ganze Produktion weniger fest  
ist wie in England und Frankreich, müssen solche Täuschungen  
viel größere Kreise ergreifen, wie in den genannten Ländern,  
denen durch ein Reichsgesundheitsamt ebenso wenig vorgebeugt  
werden kann, wie durch irgend eine andere Prohibitiv-Ein-  
richtung, die etwa das Reich nach dieser Richtung hin treffen  
könnte. Den größten Verdächten kann allerdings von Staats-  
wegen abgeholfen werden, aber das ganze Uebel ausrotten, kann  
weder unsere Regierung, noch die ganze kapitalistische Gesellschaft,  
denn sowohl die Waarenfälscher, wie unser heutiger Staat  
saugen ihre Kraft aus eben dieser Gesellschaft, und in sein eigen  
Fleisch schneiden Niemand.

Weiter spricht Herr Bamberger über die ungenügende Ver-  
waltung der famosen 5 Milliarden und bemerkt dazu, daß die  
im Jahre 1815 gezahlte Kriegsschuldigung im Ganzen 1833  
Millionen, worunter 633 Millionen für Verpflegung der Occu-  
pationstruppen, sich in besseren Händen befanden habe, wie die  
5000 Millionen vom Jahre 1871. Gewiß ein gutes Zeugniß  
für jene Herren, die sich ja doch alle mehr oder weniger zur  
Farbe des Herrn Bamberger bekennen. In ca. 60 Jahren, die  
auf dem Gebiete des Finanzwesens mehr Verschwendes und mehr  
Interessantes und Großes enthalten, als ganze Jahrhunderte,  
haben also unsere Minister, die dazu berufen waren, so gewaltige,  
für das Wohl und Wehe der Nation so wichtige Operationen zu  
leiten, nicht nur nichts gelernt, sondern ihre vor 60 Jahren  
lebenden Vorgänger verstanden es noch besser wie sie. Haben  
Sie denn, Herr Bamberger, gar nicht darüber nachgedacht, wo-  
her das kommt und wie das möglich ist? Es war doch so leicht,  
den Zusammenhang zu fassen. Ein Blick auf die Zusammen-  
stellung der Ausgaben, die aus jenen Fonds bestritten wurden,  
mußte Ihnen genügen, Sie erkennen zu lassen, daß fast all' das  
„Heidenmähig viele Geld“ für's herrliche Kriegsheer und dessen  
Folge, für ganz unproduktive und kulturfeindliche Ausgaben  
Verwendung gefunden hat. Während noch das Volk aus den  
Wunden blutete, die ihm der Krieg geschlagen, und die Bour-  
geoisie sich in den gewaltigsten Schwindel hineinräuschte, wurde  
von der Regierung fleißig geräuscht, um „auf alle Eventualitäten“  
gefaßt zu sein. Ohne solch' herrliches Kriegsheer, dem natürlich  
eine so schlechte Verwaltung von 5000 Millionen wohl zu Ratten  
kommt, kann nun einmal die Bourgeoisie nicht bestehen, sie saugt  
ihre Leben nur noch von außen ein, innerlich ist sie schon ver-  
trocknet.

Am Schluß der Stelle, die die Milliarden behandelt, sagt  
Herr Bamberger: „Nur Narren können daran denken, die Formen  
der Ansammlung von Kraft, welche diese Culturstufe ermöglicht,  
aufzuheben, und nur Sophisten versuchen, diese Kraft ohne Ka-  
pital, dieses Kapital ohne Eigenthum herzustellen.“

Wir sind es nachgerade gewohnt, von Herrn Bamberger Be-  
hauptungen zu hören, denen alle und jede Begründung fehlt, und  
ebenso wenig befremdet uns noch seine nationalliberale Unbe-  
stimmtheit. Wer denn in aller Welt will Kraft ohne Kapital,  
wer Kapital ohne Eigenthum herstellen? Es wäre Ihre Pflicht  
gewesen, Herr Bamberger, sich klar und präzise auszudrücken,  
aber Ihre Nat-Natur weiß sich überall so zu drehen, daß man  
sie nirgends fassen kann; aber weiter kommen Sie damit nicht.  
Die Sozialisten wollen doch gewiß keine Kraft ohne Kapital und  
kein Kapital ohne Eigenthum herstellen. Das Eigenthum er-  
kennen die Sozialisten vollständig an, nur das Privateigenthum  
an den Produktionsmitteln wollen die Sozialisten aufheben.  
Das, Herr Bamberger, wissen Sie ebenso gut wie wir, Sie  
wissen ganz genau, daß die Sozialisten das Eigenthum im

\*) Mehrere Male konnte das Publikum aber auch kaum das Lachen  
über das äffische Benehmen des armen Treps unterdrücken. N. d. W.



Prinzipie durchaus nicht negieren, und dennoch behaupten Sie es. Oder sollten sich bei Ihnen die Begriffe von Eigentum schlechthin und Privateigentum an Produktionsmitteln decken? Unmöglich, eine solche Begriffsverwirrung können wir bei Ihnen noch nicht voraussetzen. Das treibende Motiv aber, Herr Bamberger, weshalb Sie sich so zweideutiger, unbestimmter Ausdrücke bedienen — ein Motiv, das bei Ihnen öfter klar hervortritt — ist, dem Philister gruseln zu machen und ihn zum blinden Haß aufzuregen gegen die Sozialdemokratie. Aber sagen Sie selbst, würde es nicht besser sein, wenn wenigstens die Mitglieder der „ausgewähltesten Zuhörerchaft Deutschlands“ sich über derartige Schimpfereien und Aufrührereien erheben und dagegen dem Volke den Sachverhalt klar und verständlich vor Augen führten? Sind denn die erschienenen Schimpf- und Schlagwörter noch nicht ausreichend, und können denn ruhige, objektive Erörterungen sich noch immer nicht ordentlich Bahn brechen im national-liberalen und fortschrittlichen Lager? Es sollte doch Ihre und Ihrer Freunde Pflicht sein, dahin zu streben.

(Fortsetzung folgt.)

## Elässische Zustände.

IV.

### Der Sozialismus im Reichslande.

Strasburg, im Juli 1878.

Als im Jahre 1865 das arbeitende Volk beider Hemisphären zu jenem schönen Bunde, der internationalen Arbeiterassoziation, zusammentrat, da schlossen sich auch viele Arbeiter aus den elässischen Fabriksdistrikten der Bewegung an. In Rülhausen, Marxkirch, Gebweiler und Thann vor Allem sammelten sich die Fabrikarbeiter um die Fahne des Proletariats, hingestrichen von dem erhebenden, zur That gewordenen Gedanken einer Solidarität der Eaterbten aller Länder. Sie hatten dabei mehr das Interesse ihrer darbedenden Brüder, als ihr eigenes im Auge; denn ihre Stellung war die für die heutige Gesellschaft denkbar günstigste. Die oberelässische Industrie beherrschte den französischen Markt; ungeheure Summen flossen in die früher bescheidenen Städte; Handel und Wandel blühte; der Lohn war hoch und die Arbeit fleißig. Dazu waren die Fabrikherren verständig genug, ihre Arbeiter „so zu fagen auch als Menschen“ zu behandeln. Sie kümmerten sich nichts um deren politische Ueberzeugung; sie bauten ihnen Häuser, die mit der Zeit durch Lohnabzüge Eigentum der Arbeiter wurden; sie bauten Schulen, in denen unentgeltlicher Unterricht von tüchtigen Lehrern erteilt wurde — wohl wissend, daß eine relativ günstige Lage des Arbeiterstandes auch für sie wieder von Vorteil, daß die Heranbildung intelligenter und tüchtiger Kräfte auch in ihrem Interesse lag.

Da kam der Krieg von 1870 mit seinen furchtbaren Folgen. Tausende fleißiger Arbeiter verließen Hof und Herd, um in die Freischaaencorps einzutreten. Abermals Tausende führte der Frankfurter Friedensvertrag fort von der Stätte, die sie sich erarbeitet, über die Vogesen hinüber. Von mit seiner großartigen Seidenindustrie war vor Allem das Ziel aller Derjenigen, welche, auf das Recht pochend, dem vergewaltigten Vaterlande Vebewohl sagten. Bald zeigte sich, wie klug und einsichtsvoll sie gehandelt! Hohe Bälle verschlossen der elässischen Industrie das frühere Absatzgebiet; in Deutschland fand der elässische Gewerbfleiß wohl Anerkennung, aber auch eine außerordentlich starke Konkurrenz; die schlimmsten Zeiten nach dem Anarch wurden der Regel zum Sarge der elässischen Arbeit. Jetzt — in Folge der genialen Wirtschaftspolitik des Reichs und des unsoliden Schwindels des größten Theils der deutschen Bourgeoisie — jetzt stehen leer die großartigen Etablissemens, die riesigen Werkstätten, jetzt steht still der Webstuhl, und die hohen Schornsteine haben ausgeraucht. Vergebens suchten — und das ist anzuerkennen — die reichen Baumwollenbarone des Ober-Ellasses weiter zu produzieren, Verlust folgte auf Verlust, Falliment auf Falliment, und nur die bedeutendsten Firmen konnten sich halten. In Bischweiler, früher einem der fleißigsten und wohlhabendsten Orte des Unter-Ellasses, sind die Tuchfabriken (aufgepaßt, Herr Professor Birnbaum!) geschlossen; für die schönen Anlagen findet sich nicht einmal ein Käufer, der nur den rohen Bau bezahlen will. In Marxkirch, Gebweiler, Thann, im ganzen Ober-Elsass sind Tausende von Arbeitern brodblos geworden!

## Auf zur Wahl!

(Weise der Marxellaise.)

Freisch auf Genossen, Brüder, Alle  
Geschaart um's Banner, das euch führt;  
Zur Wahlschlacht tönen die Signale,  
:: Gebt strenge Antwort, wie's gebührt! ::  
Mit Klugheit und von Herzen dreister,  
Reicht euch vereint die Bruderhand  
Und zeigt dem großen Vaterland,  
Was ihr geleert von eurem Meister.  
Nicht zählt ihr den Feind,  
Nicht die Gefahren all';  
Nur Muth, nur Muth! man lieh euch doch  
Das freie Wahlrecht noch!

In Herzen haben wir getragen  
Still der Verleumdung schweres Joch,  
Die Wunden, die man uns geschlagen,  
:: Sie trafen tief, sie bluten noch! ::  
In Rerkern schmachten uns're Brüder —  
Warum? — schrecht wahr! — ihr thut es nicht! —  
Bergeltung hält dereinst Gericht,  
Giebt ihnen wahre Freiheit wieder. —  
Bernaunft und Religion,  
Wo ist dein dchter Thron? —  
Drum auf, zur Wahl, bedrückter Mann,  
Bereit den schweren Bann!

Wir haben Ruh', Geseh gehalten,  
Trotz Provokation; — der Reid  
Er hat durch finstere Gestalten  
:: Des Kaiserwordes uns gezeit! ::  
Das friedend Meer, die feilen Knechte,  
Und eine Denunziantenbrut  
Berlekte unser heilig Gut,  
Die Wahrheit und die Menschenrechte. —  
Die Urne blies uns noch,  
Wir geben Antwort doch;  
Trotz Compromiß und Droherei  
Zur Wahlschlacht eilt herbei!

„Der Arbeit leben oder Sterben!“  
Solch' Wahrspruch unter Banner zielt; —

Da wäre für die Partei des werthtätigen Volkes, die Sozialdemokratie, ein Agitationsfeld, wie es günstiger nicht gedacht werden kann. Allein wie kann agitirt werden, wenn es verboten ist, Versammlungen abzuhalten, Vereine zu gründen, eine Zeitung herauszugeben, wenn sogar die Vektüre der altdeutschen sozialistischen Organe unmöglich gemacht wird? Früher stand es damit anders, Anno 74, als der Führer der hiesigen Sozialdemokraten, Jung, mit den „leitenden Persönlichkeiten“ auf dem besten Fuße stand; als er dazu benützt wurde und sich benützen ließ, den Protestkandidaten Lauth zu beschimpfen und das Schreiberregiment des Herrn v. Möller zu verherlichen — da konnten wir nach Belieben Versammlungen abhalten, da herrschte unbeschränkte Vereins- und Pressfreiheit. Als aber an Stelle des entlarvten und ausgestoßenen Mouchard Leute die Leitung übernahmen, die sich trotz wiederholter Aufforderung nicht auf guten Fuß mit unserm Regenten stellen wollten, da begannen die heftigsten und gehässigsten Verfolgungen.

In einem Lande, wo, wie in Altdeutschland, die Arbeiterpartei eine großartige Macht entfaltet und mit überschäumender Energie fortgeschritten auf dem Wege zur Erlösung der Menschheit, da prallen alle „Künste“ des „ordnungsliebenden“ Mob und alle Ausnahmegeetze der diesen patronisirenden Regierungen ab an der Selbstverleugnung, der Ueberzeugungstreue und Aufopferung der für eine gerechte Sache streitenden Kämpfer. In einem Lande aber, dem die Besten der Partei Valet gesagt, in dem der heftigste Nationalitätenreiz tobt und in dem eine Regierung den faktischen Belagerungszustand aufrecht erhält, da ist es trotz aller Anstrengung schwer, neuen Ideen Eingang zu verschaffen. Die Agitation muß auf den nächsten Verkehr sich beschränken, die einzelnen Parteigenossen in geringem Zusammenhang unter einander stehen bei dem Verbot der Gewerkschafts-Organisation.

Trotz dieser riesigen Schwierigkeiten sind wir unermülich thätig — und vor Allem hat uns das Verbot der sozialistischen Parteipresse zu neuen Anstrengungen angeporrt. Dieses Verbot beschränkt sich zur Zeit auf fünf Blätter, aber sobald ein neues Eingangs finden sollte, würde die Zahl sich vermehren! Um der Partei aber auch Kunde von unserer Existenz zu geben, haben wir H. Bebel in Leipzig als Kandidaten für die nächste Reichstagswahl aufgestellt und hoffen für denselben einige hundert Stimmen zu gewinnen. Wenn das ehrenwerte Oberpräsidium nicht ge-scheit genug gewesen wäre, das reaktionäre französische Wahlgesetz als für Elsass-Vorbringen maßgebend zu erklären, so hätten wir recht gute Aussichten gehabt. Hoffentlich werden unsere Abgeordneten im nächsten Reichstag einmal beim Reichskanzler anfragen, ob ein Gesetz, dessen Einführung vom Reichstag auch für Elsass-Vorbringen beschloffen, einfach ignoriert werden darf.

Unter den jetzigen Verhältnissen ist das Abhalten einer Versammlung und die Herausgabe von Wahlflugblättern unmöglich. Wir können daher, um dem Wahlfonds unser Scherstein nicht zu entziehen, blos im Stillen wirken, hoffen aber, bei einer nicht unwahrscheinlichen Stichwahl zwischen dem vom Oberpräsidenten patronisirten Autonomisten Bergmann und dem radikalsten Protestler Rablé die Entscheidung zu Gunsten des Letztern herbeizuführen. Rablé steht auf dem Boden der Volkspartei und wird gegen alle reaktionären Regierungsvorschläge stimmen. Wenn derselbe — und man kann dies als sicher annehmen — durchkommt, haben wir uns auch für alle Bladerien im Allgemeinen und das Verbot unserer Parteiorgane im Besonderen revanchirt. Denn die Niederlage Bergmann's wird den Herren Bureaokraten und ihrem Dalai Lama v. Möller viele ungemüthliche Stunden (man denke an das Reichskanzleramt in Berlin) bereiten. Mit der autonoministischen Sache steht es auch in den anderen Bezirken faul: Strasburg-Land und Hagenaue-Weisenburg sind ganz, Strasburg-Stadt zu drei Vierteln verloren, und der nächste Reichstag wird auf das Vergnügen verzichten müssen, mehr als zwei dieser Helden in seiner Mitte zu haben; dagegen werden die Ultramontanen und die demokratische Protestpartei — Reichsfreund! verhälle dein Gesicht! — Siege gewinnen.

Die Parteigenossen, die sich im Reichsland allenthalben zerstreut finden, fordern wir aber auf, nicht unthätig zu bleiben, sondern, soviel in ihren Kräften steht, für die Ausbreitung unserer Ideen zu wirken. Auch für uns werden einst bessere Tage kommen; auch bei uns wird die Wahrheit und Ge-

Die falschen Brüder soll'n verderben,  
:: Die man der Lüge überführt. ::  
Wir wollen Wahrheit, Recht und Frieden,  
Vereint mit Freiheit, das ist Brod,  
Bermüdet Gleich, Schmach und Roth  
Durch gleich Gesez und Recht hienieden.  
Die Fessel springt entzwei,  
Es fällt die Tyrannei!  
Hurrah! hurrah! zur Wahlschlacht all',  
Erkürmt des Feindes Woll!

Der Sieg, er soll, er muß uns werden,  
Wenn Jeder seine Pflicht gethan,  
Drum auf, ihr tapferen Gefährten,  
:: In Rassen steht Mann an Mann! ::  
Das Schwert des Geistes nehmt, das rechte,  
Hört eures Wahrspruchs hellen Ruf; —  
Derselbe Gott, der Eisen schuf,  
Schuf gleich uns, wollte keine Knechte.  
Drum auf und säumet nicht,  
Thu' Jeder seine Pflicht! —  
Hurrah! hurrah! in masse zur Wahl  
Und stümmet sozial!

Arthur Leifring.

## Ein vernünftiger Priester.

Der „Staats-Socialist“ veröffentlicht von einem Pfarrer in Erl folgenden Artikel:

„Wenn die Evolution (fortschreitende Entwicklung) verläuft wird, tritt die Revolution in Kraft — ist ein von Fr. v. Baader in seiner Societätsphilosophie (II. Aufl. S. 39 bis 59) bewiesener und mit Beispielen erhärteter Satz, welcher in der Geschichte unzähligemale sich bewahrheitete. Die heutige Zeit mit ihren erschütternden Vorgängen, mit ihren Ausbrüchen der Verwilderung auf dem gesellschaftlichen Gebiet legt Allen, welche ihr Volk lieb haben und „ein ruhiges und stilles Leben in aller Gottseligkeit und Ehrbarkeit führen“ möchten, mit großem Ernste diese Wahrheit wiederum nahe. Dies um so mehr, als von Seiten des Manchestertums, das der Mehrzahl unseres Volkes zwischen Haut und Knochen steckt, mit großer Empfasse und sittlicher Entrüstung Alles, was nach Aenderung auf sozialem Gebiete strebt, als gemeinschädlich angesehen und mit äußeren

rechtigkeit sich durchkämpfen und alle Hindernisse überwinden:

Trotz alledem, trotz alledem!  
Es kommt dazu, trotz alledem,  
Daß rings der Mensch die Bruderhand  
Dem Menschen reicht, trotz alledem!

## Sozialpolitische Ueberzicht.

— Die Wahlagitationen nehmen einen immer erregteren Charakter an und die Ordnungsparteien machen riesigen Gebrauch von den ihnen zustehenden Gewalten. Auf der einen Seite werden die Versammlungen der Sozialisten durch den Ordnungspöbel gesprengt, wo unserer Partei überhaupt noch Lokale zur Verfügung stehen, auf der anderen werden unsere Parteigenossen durch Gewaltthätigkeiten aller Art, wie z. B. in Leipzig, Dirschberg a. S. u. i. w., durch Entlassung aus der Arbeit oder Androhung derselben, oder durch Zwang zur Austrittserklärung aus unserer Partei, gehindert, das Versammlungsrecht und auch das freie Wahlrecht auszuüben. Charakteristisch ist das Vorgehen der Magdeburger Arbeitgeber, welche, nach Ansicht der „Magdeburger Zeitung“, in einer gemäßigten Ansprache die Arbeiter vor den „gewissenlosen Dezerieren“ sozialistischer Agitatoren warnt. Am Schlusse dieses „veröhnlichen“ Ufales heißt es: „Darum ist es aber auch unsere Pflicht, den Versühnern mit aller Energie entgegenzutreten, und sind wir daher übereingekommen: 1) nicht zu dulden, daß in unseren Werkstätten sozialistische Zeitungen und Schriften Eingang finden oder Gelder für sozialistische Zwecke gesammelt werden, und diejenigen Arbeiter zu entlassen, welche diesen Anordnungen entgegenhandeln, sowie 2) alle diejenigen Arbeiter zu entlassen, welche als Förderer des sozialistischen Treibens innerhalb oder außerhalb der Werkstätten thätig sind.“ — Das nennt die „Magdeburger Zeitung“ veröhnlich! Diesen „liberalen“ Blättern ist alle Scham abhanden gekommen, sie übertreffen die Reaktion noch an Gemeinheit und es darf uns gar nicht Wunder nehmen, wenn die Arbeiter sich auf Seite der erklärten Reaktionsäre stellen — schlimmer kann es von diesen niemals betrieben werden. Doch sehen wir uns einmal die Unterschriften unter diesem „veröhnlichen“ Ufales etwas genauer an; da figuriren nicht weniger als 61 Schloffer- und Schmiedemeister unter vielleicht 120 Firmen. Die ganze Janung scheint hier in corpore unterschrieben zu haben, und nun geht das Schriftstück als Magdeburger Arbeitgeber-Fabrikat in die Welt auf den Sumpfang. — Im Uebrigen ist von den Ordnungsparteien viel Erdöhlisches zu melden. Einmal stimmen sie vereint für einen Erzeaktionär, ein andermal stellt jede Schattirung dieses Dreies einen oder gar zwei besondere Kandidaten auf, und nun bekämpfen sie sich in der denkbar ordinärsten Weise. Wirklich ein Schauspiel für Götter! Traurig, von solchen Leuten läßt sich die große Masse des Volks am Gängelbände führen und gedankenlos weiter ausbeuten, betet gedankenlos die frechen Lügen einer Presse nach, die in ihrem innersten Wesen verpöflet und vergiftet ist. Wir freuen uns dabei konstatiren zu können, daß gerade unsere Partei es ist, die trotz aller Chikanen die Ruhe aufrecht hält, die Mäßigung bewahrt, die dem Weisen gebührt gegenüber dem Tollhäusler. Und wie Tollhäusler gebarden sich einzelne Gegner, noch ganz besonders dadurch, daß Niemand auf den Leim geht und öffentliche Excesse provoziert, obgleich wir Grund genug dazu hätten. Jedoch auch die Ernüchterung greift insofern Platz, als man immer mehr einzusehen beginnt, daß es sich nicht allein um Ausnahmegeetze gegen die Sozialdemokratie, sondern um Niederdrückung des Liberalismus und Steuererhöhung in kolossaler Weise handelt — was freilich zu spät sein dürfte.

— Ueber die Ausnahmegeetze gegen die Sozialdemokratie ergeht sich die Presse in allerhand Combinationen: der Eine weiß dies, der Andere jenes, das eine Blatt bringt ellenlange Leitartikel für, das andere gegen deren Berechtigung. Hört doch die „Frankfurter Zeitung“ aus Berlin, daß ein Passus darin enthalten sei, wonach die Vollendung der militärischen Dienstpflicht die Bedingung ist, von welcher die Mitgliedschaft für politische Vereine abhängig gemacht werden soll. Wir erwarten von der Reaktion Alles, drängt doch der Liberalismus in dieser Beziehung viel weiter nach rechts, als selbst die eragirtesten Conservativen; warum also sollte man nicht derartige Attentate auf die Volksfreiheit sich erlauben?

Mitteln bekämpft wird. Von dieser Seite hört man kein Wort von grundsätzlicher Aenderung der Gesetzgebung. Der Wahlauftrag des Ausschusses der Nationalliberalen ist das Zeugnis. Die Kundgebungen der Fortschrittspartei wüthen gegen die Sozialdemokraten und halten es für Pflicht der Ehre, keinen derselben bei der Neuwahl in den Reichstag kommen zu lassen. Da sollte man meinen, daß die Conservativen anderer Meinung seien und einer Reform geneigt wären. Dem ist aber leider nicht so. Wohl schreiben deren Organe gegen die „falsche Gesetzgebung des Liberalismus“, gegen allgemeines Stimmrecht, gegen Freizügigkeit und gegen alle die übrigen Geseze, welche den jetzigen Zustand mit veranlaßt haben. Aber — bis zur Stunde habe ich in den Organen derselben beinahe ausschließlich eine negative Kritik der bestehenden Geseze gefunden; positive, die sozialen Mißstände beseitigende, den Klassenhaß neutralisirende Vorschläge kommen keine zum Vorschein, es sei denn, daß die nackte Rückkehr zu Maßnahmen und Ordnungen der Vergangenheit empfohlen und gewünscht wird, welche um ihrer Schädlichkeit und Unbrauchbarkeit willen früher veraltet waren und deshalb zu Grunde gegangen sind, wie das Zunftwesen und die Zusammenfassung der Kammern und Parlamente nach Ständen und dergl. mehr.

Daß damit die Gefahren für die Zukunft nicht beseitigt werden können, will man nicht sehen. Wenn außerdem noch hervorgehoben wird, daß mit jedem Grundtag, welcher in der französischen Revolution von 1789 aufgetaucht ist, gründlich gebrochen werden und die göttliche Berechtigung der Standesunterschiede auch im äußerlichen Leben auf dem gesetzlichen Wege anerkannt und wiederhergestellt werden müsse, so liegen in solchen Grundfagen, wenn sie je zu verwirklichen angefangen würden, so ungeheure Gefahren für die Entwicklung unseres Volkslebens, daß die gewaltthätige Revolution nur um so schneller herbeigeführt werden würde, welche als eine soziale noch viel mehr tabula rasa machen würde, als die erste französische Revolution auf dem feudalen Gebiete es gethan hat. Die französische Revolution war auch von dem Gesichtspunkte betrachtet werden, daß sie nur deshalb möglich war, weil die Evolution so sehr verjümt worden war, und daß sie eine göttliche Berechtigung als Strafgericht hatte. Zugleich aber wurden durch sie Gedanken angeregt und zu verwirklichen gestrebt, welche vom sogenannten christlichen Staate ohne Schug, von der Kirche ohne Pflege gelassen worden und darum ins zuchtlose, ja widerchristliche Lager übergegangen waren und ihre Abstammung vergessen hatten. Die Gedanken der Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit, der allgemeine



Vom Liberalismus in gewissen Kreisen hat man bis dato noch nichts verspürt, wird wahrscheinlich auch nichts zu sehen bekommen. Darum zerbrechen wir uns auch nicht unnötig den Kopf, mag oder mögen die Ausnahmegesetze lauten wie sie wollen — wir können es ruhig abwarten. Als Kuriosum sei hier noch erwähnt, daß allen Ernstes im „Ausland“ der Vorschlag gemacht wird, sämtliche Sozialdemokraten Europas nach — Neuseeland zu verpflanzen. Wenn sie nicht freiwillig gingen, dann mit Gewalt. Da hätten die deutschen Panzerschiffe wenigstens etwas zu thun und bräuchten sich nicht die Schädel untereinander einzurennen!

Freilich die liberale Presse muß ihren Lesern Neuigkeiten bringen und zeilenhungrige Reporter erfinden eben etwas. So spukt Nobiling schon wieder, man versucht angebliche Aussagen von ihm zu erfinden und als lautere Wahrheit zu verbreiten. Mit einem Wort, sie können ohne Lügen nicht bestehen.

— Unerhört. Am Sonntag fand in den Räumen der Berliner Genossenschaftsbuchdruckerei die statutengemäße Generalversammlung der Mitglieder dieser unter dem Handelsgericht stehenden eingetragenen Genossenschaft mit Solidarhaft statt. Man hatte extra bekannt gemacht, daß an diesem Tage außer den Genossenschaftlern Niemand Zutritt zu den Lokalitäten habe. Mitten in den Verhandlungen erscheint plötzlich der Polizeilieutenant des Reviers mit mehreren geheimen und uniformierten Schuppleuten und löst die Versammlung auf: „Er habe dazu Befehl, da hier eine politische Zeitung gedruckt werde, auch in den Geschäftsräumen politische Broschüren verläuft würden, nehme man an, daß hier eine politische Versammlung stattfindet.“ Man notirt die Namen aller Anwesenden, nimmt eine Abschrift des geführten Protokolls und — der Staat war gerettet! — Wir erinnern uns da eines ähnlichen Falles in Varna, wo ein Leipziger Genosse behufs Abrechnung und Besprechung von Wahlangelegenheiten mit dem betreffenden Vornauer Einwohner in einem Wirthshaus ein Glas Bier trank, und plötzlich ein am ganzen Körper zitternder Polizeidiener hereintrat und die „Versammlung“ für aufgelöst erklärte und die Anwesenden möchten sofort das Lokal verlassen. In dem Saalzimmer waren noch drei andere Personen anwesend, die die ganze Sache aus sehr natürlichen Gründen nicht begreifen konnten. — Hier in Berlin könnte man's auch nicht begreifen, wenn man nicht die Absicht merkte — und darauf geht ja eben Niemand ein. Wir verweisen unsere Leser auf den an der Spitze unseres Blattes gedruckten Satz und — sie werden auch begreifen.

— Ueber die Affaire des „Großen Kurfürsten“ scheint nun einiges Licht verbreitet zu werden; die „Hamburger Börsen-Halle“ schreibt:

„Wie wir erfahren, ist der Spruch der „Havariecommission“, welche in Kiel zur Untersuchung der Ursachen des Zusammenstoßes zwischen dem „König Wilhelm“ und dem „Großen Kurfürst“ niedergelegt worden war, ein für sämtliche beteiligten Offiziere völlig freisprechender, und im gleichen Sinne soll sich auch das Marine-Obercommando in Kiel selbst entschieden haben. Nach den von der Commission erhobenen eidlichen Aussagen hätte sich der Fall wie folgt zugetragen:

Als die westwärts steuernde Escadre in der Nähe von Foklesone angekommen war, kamen vom Lande aus zwei Kauffahrteischiffe gesteuert, welche den Versuch machten, quer vor der deutschen Escadre vorüberzukommen. Nach einem für die deutsche Marine gegebenen Befehle haben alle unter Dampf befindlichen Schiffe der deutschen Marine beim Begegnen anderer Schiffe stets so zu steuern, daß sie um dieselben hinten herum gehen, falls nicht die Entfernungen derartige sind, daß jede Gefahr beim vorne Vorübergehen völlig ausgeschlossen ist. Demgemäß steuerten sowohl der „Große Kurfürst“, wie der „König Wilhelm“, als die beiden Kauffahrteischiffe quer vorüberkommend sichtbar wurden, nach dem Lande zu, um hinter denselben herumzugehen. Der ursprünglich dem Lande am nächsten stehende „Große Kurfürst“ kam dabei etwas früher von den beiden Schiffen klar, als der mehr nach See befindliche „König Wilhelm“, und lenkte ersterer deshalb auch etwas früher in seinen Cours wieder ein, als der letztere. Auf dem „König Wilhelm“ wurde demnach gleichfalls das Commando gegeben, das Schiff wieder in seine frühere Stellung zu bringen, und haben alle sechs am Steuer befindlichen Leute auf ihren Eid ausgelegt, das Commando „Backbord“ deutlich gehört zu haben. Trotzdem wurde durch ein

Menschenwürde, der religiösen Duldung, der Gleichberechtigung vor dem Gesetze und dergl. sind aber Kinder der christlichen Gemeinde und nur deshalb in's widerchristliche Lager gedrungen, weil sie in dem Waterhause nicht zur rechten Weltung kommen konnten. Soll man nun auf jenen Standpunkt zurückkehren, welcher diese Begriffe und Gedanken als unchristliche in die Welt erklärt? Ein solcher Conservatismus kann unmöglich heilsam wirken. Eine der Ursachen, warum der „Staats-Socialist“ in unseren conservativen Kreisen mit mehr als Mißtrauen betrachtet wird, wurzelt in der oben angegebenen Differenz. Man will, und gerade jetzt erst recht, nicht Evolution auf gesundem christlichen Boden mit Berücksichtigung der bestehenden Verhältnisse und Andeutungen, welche sich aus den gegenwärtigen Verhältnissen ergeben, sondern viel eher eine nach veralteten Anschauungen bemessene Reaktion. Wird dadurch der Revolution vorgebeugt? Ich fürchte, wenn diese conservative Strömung herrschend wird, daß in einem Jahrzehnt die Revolution in gewaltiger Weise in Kraft tritt.“

Wir überlassen in diesem Falle unsern Lesern, das Richtige von dem Unrichtigen zu scheiden; doch Eins muß man dem Verfasser zugeben, daß er von dem Standpunkte eines christlichen Pfarrers sich der Objektivität befleißigt und sich von allem Beldamismus fern hält.

#### Au Piloty.

Dies also Deine neue Pinselfei —  
Ein Stillsbild von wirklich selbster Art  
Daß Du uns ausgefleht, die Kunst ist frei,  
Du gibst ein packend Bild der Gegenwart.

Piloty steht im Dienst der Polizei!  
Ein Greis sein Opfer, das ist doch zu hart —  
Mein Griffel stockt, hört der Entrüstung Schrei:  
Ein braver Arzt lebendig eingescharrt!

Kennst Du das alte Lied „der liebste Duhne“?  
Wir liegt's im Sinn mit neuen Varianten;  
Einst Sonne, zählst Du jetzt zu den Trabanten.

Berurtheilt warst Du vor dem Richterstuhle  
Vom Volk — so heilhe nun „Piloty-Kuhle“  
Das große Heer der kleinen Denunzianten.

unbegreifliches Versehen das Ruder in der entgegengesetzten Richtung gedreht, und kann nur angenommen werden, daß einige der am Ruder befindlichen Leute, die den „Großen Kurfürst“ auf sich zukommen wähten, den Kopf verloren und das Gegetheil von demjenigen gethan haben, was ihnen befohlen war.

In Folge davon steuerte der „König Wilhelm“ anstatt lewärtwärts gerade auf den „Großen Kurfürst“ ein. Der Commandeur des letzteren that in diesem gefährlichen Augenblick das Einzige, was vielleicht noch Rettung bringen konnte, indem er die Maschinen seines Schiffes mit voller Kraft vorausgehen ließ, um so vielleicht doch noch vor dem „König Wilhelm“ vorbeizukommen, mindestens aber zu verhindern, daß der „Große Kurfürst“ von dem Sporn des „König Wilhelm“ gerade mittschiffs getroffen würde. Ersteres gelang bekanntlich leider nicht, vielmehr rannte der „König Wilhelm“ den „Großen Kurfürst“ am Backbord hinterschiffs an und führte so die Katastrophe herbei. Die Havariecommission ist der Ansicht gewesen, daß das Verfahren des Commandeurs des „Großen Kurfürst“ das allein den Umständen entsprechende gewesen sei, und spricht auch ihn völlig frei.

Zur Herbeiführung des Unglücksfalles ist nach der stattgehabten Untersuchung Zweierlei mit Wahrscheinlichkeit von Bedeutung gewesen: zum Ersten, daß der „König Wilhelm“ überhaupt schlecht steuerte; zum Andern, daß in Folge der Bauart des „König Wilhelm“ die am Ruder befindlichen Leute zu niedrig stehen, um einen freien Ueberblick über das außerhalb des Schiffes Vorgehende zu haben. Es muß daher für möglich gehalten werden, daß die plötzlich in der Nähe des „König Wilhelm“ auftauchende Takelage des „Großen Kurfürst“, während letzteres Schiff selbst und der von demselben gesteuerte Cours den am Ruder befindlichen Leuten nicht sichtbar war, den Einem oder Andern der letzteren in Verwirrung gebracht und das Beispiel desselben dann die andern Leute mit fortgerissen hat.“

So! Die Herren sind also freigesprochen. Die Todten können nicht mehr reden.

— Ein frecher Junker. Herr von Kardorff, der sich schon so oft innerhalb und außerhalb des Reichstags lächerlich gemacht hat, besitzt die Impertinenz, in einem Wahlaufruf zu erklären: „Ich will Ausnahmegesetze gegen die Sozialdemokratie, aus deren Reihen Königsmörder wie Hödel und Nobiling hervorgehen.“ — Der Krautverwalter Nobiling ist bekanntlich — sein Vater war Rittergutsbesitzer — aus den Reihen der Krautjunker hervorgegangen, und wenn trotzdem dieser wacksnäserne Kardorff, der sich in einer solennen Prügelei seine wirkliche Nase hat abschlagen lassen, es wagt, uns gerade den Nobiling aufhalsen zu wollen, dann müssen wir offen erklären, daß dieser Mensch frech ist, wie Hödel.

— Wo liegt der Irrthum? In Folge einer Notiz der „Chemnitzer Freien Presse“ brachten auch wir die Nachricht, daß Genosse Peukert vom Chemnitzer Bezirksgericht wegen Majestätsbeleidigung zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurtheilt und die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte ausgesprochen worden sei. Diese Nachricht beruht entweder auf einem Irrthum, oder aber das Chemnitzer Bezirksgericht hat eine Gesetzesunkunde an den Tag gelegt, um welche dasselbe von jedem Winkelschreiber bebauert werden kann. Bei einer Majestätsbeleidigung kann gar nicht die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte ausgesprochen werden! Es kann neben der Gefängnisstrafe nur noch auf den Verlust der öffentlichen Aemter, sowie der aus öffentlichen Wahlen hervorgegangenen Rechte erkannt werden. Peukert war Gemeinderathsmittglied, er hatte ein öffentliches Vertrauensamt. Ein solches Amt konnte er allerdings entsetzt werden — doch steht einer Wiederwahl nichts im Wege.

— Rückwärts. Der „Nürnberger Anzeiger“ berichtet aus Bischofsgrün (bei Bernau in Oberfranken): „Heute ließen sich 12 Paar Eheleute, die in den letzten Jahren hier standesamtlich ihre Ehe geschlossen hatten, nachträglich kirchlich einsegnen. Den seit einigen Wochen hier im Amte stehenden neuen Pfarrer Gruber und die Mitglieder des Kirchenvorstandes und der Kirchenverwaltung an der Spitze, bewegte sich mit Beginn des vormittägigen Gottesdienstes der stattliche Zug zur Kirche, wo nach Schluß der Predigt, nach einer ergreifenden Ansprache von Seite des genannten Geistlichen, die feierliche Handlung vollzogen wurde.“ — Da sieht man, wie der Liberalismus Propaganda für die von ihm geschaffenen Gesetze gemacht hat. Wenn man Derartiges aus protestantischen Gegenden hört, was darf man sich da erst von den Rüdern versehen. Nun, uns kann es gleichgültig sein, wir lassen Jeden nach seiner Façon selig werden.

— Klug und weise. Man schreibt der „Deutschen Reichs-Post“ aus Mülhausen i. E. unterm 6. Juli: „Zwei Mülhauser Turnvereine, die „Ancienne“ (Alte) und die „Union“, sind durch die Regierung aufgelöst worden, weil drei Mitglieder derselben an dem den 9. und 10. Juni zu Paris gegebenen großen Turnfeste Theil genommen haben. Obgleich die drei jungen Leute mit den ausländischen Turnvereinen und ohne Fahne marschirten, ward diese Theilnahme als eine politische Manifestation betrachtet. In den einheimischen Kreisen findet man diese Maßregel gefällig, aber — kleinlich.“ — Daß das mächtige deutsche Reich durch solche offenbar fürsichtiger und strafzüglicher Maßnahmen als ihm weniger oder gar nicht zuneigenden reichsländischen Herzen im Sturm erobert muß, das ist klar wie — Tinte!

— In den Kohlengruben von Anzin (Frankreich) haben gegen 9000 Bergleute die Arbeit eingestellt. Trotz abgeanderten Militärs u. s. w. nimmt der Streik immer größere Dimensionen an und auch in anderen Gewerken beginnen die Arbeiter sich zu rühren, so die Vädergesellen von Bordeaux, 450 Mann stark, und die Färbergesellen von St. Chamond bei Etienne, 700 an der Zahl. Die Bergleute verlangen Herabsetzung des Arbeitstages auf 8 Stunden und 5 Francs pro Tag.

— Confiscirt. Nr. 29 des „Socialist“ (Wien) wurde wegen eines Leitartikels, eines Aufrufs zum Unterstufungsfond und einer Correspondenz aus Leoben beschlagnahmt. Natürlich kostete dies eine neue Auflage.

— Die in Nr. 83 vom 17. d. M. gemeldete Verhaftung eines dritten Redakteurs der „Halberst. Freien Presse“ bestätigt sich nicht. Es sind von besagter Zeitung nur die beiden Redakteure Fr. Boigt und Alex. Schlesinger in Haft, der dritte, Krubl, weilt in der Schweiz. Ferner in Haft der Mitarbeiter für Ober-Ober, W. Bötsch. Die Colporteurs der „Halberst. Fr. Pr.“ Wiedhöfer, Wetterlein und Weber sind seit einigen Tagen aus der Haft entlassen; Ersterer ohne daß nach 14tägiger Untersuchungshaft eine Anklage gegen ihn erhoben

worden wäre, letztere beiden, nachdem sie 10 Tage wegen Zuwiderhandelns gegen die Gewerbeordnung verhaftet.

— Ueber das am 19. d. M. in Brüssel stattgefundene Begräbniß eines der ältesten Kämpfer der Sozialdemokratie, eines Bekenners der „freien Idee“ von langjähriger, des daselbst im Alter von 61 Jahren verstorbenen Chemikers Prosper Esfelens, berichtet die Brüsseler „Arbeiterstimme“. Dasselbe fand unter zahlreicher Theilnahme der Gesinnungsgenossen statt. Am offenen Grabe sprach unter Freund Dr. De Baeye bewegte Worte. — In Wahrheit zählt unsere Partei wenig Männer wie Esfelens. Er war nicht ein bloßer „Fachmann“, sondern ein Kundiger in allen positiven Wissenschaften; aber seine republikanischen Sympathien versperren ihm den Zutritt zu jeder Academie, sowie zu jeder offiziellen wissenschaftlichen Stellung. Seine Vergangenheit war eine ungemein bewegte. Nach dem Bankett im Prado (1848) wurde er nebst mehreren anderen Bürgern wegen Hochverraths zum Tode verurtheilt, diese Strafe indes, da er es verschmähte, ein Gnadengesuch einzureichen, in dreißigjährige Haft verandelt. — Das Blatt schließt: „Im Namen der belgischen Arbeiter, im Namen der Sozialisten im Großen und Allgemeinen nehmen wir hiermit Abschied von Esfelens als von einem der Pioniere der neuen Gesellschaft.“

#### Correspondenzen.

Leipzig. Sonnabend, 20. Juli, fand in der Centralhalle eine Versammlung aller reichstreuen Wähler statt, in welcher Herr Viehbürgermeister a. D. Dr. Stephani über seine politische Stellung referirte. Unter den zahlreichen Anwesenden besaßen sich mehrere junge Leute unter 18 Jahren, sowie zwei Damen; ein Umstand, der in einer sozialdemokratischen Versammlung dem Polizeicommissar ausgereicht haben würde, dieselbe für aufgelöst zu erklären; hier aber geschah nichts Derartiges. Als der Professor Dr. Windscheid bald nach 8 Uhr die Versammlung eröffnet hatte, wurde von mehreren Seiten die Wahl eines Vorstandes verlangt, wie es das Gesetz vorschreibt. Hier aber hatte dieses Verlangen ein wüthes „Hinausrufen“ zur Folge. Nachdem der ohne Weiteres als Vorsitzender fungirende Eröffner mit Mühe die Ordnung hergestellt hatte, hielt Dr. Stephani sein Referat ab und stellte sich darin auf den Standpunkt eines gemäßigten Rückschrittlers. Nach Beendigung des Referats machte der Vorsitzende den Vorschlag, in der Debatte keinem Redner mehr als 10 Minuten Sprechzeit zu gewähren. Als sich einige der Anwesenden gegen den Antrag erklärten, erneuerte sich das „Hinausrufen“, ja es kam zu drohenden Demonstrationen gegen die (sozialdemokratischen) Redner. Unter wachsendem Tumult erhielt unser Genosse Martin das Wort und fragte den Dr. Stephani, ob das auch Sozialdemokraten gewesen seien, die im Berliner Thiergarten das Attentat auf ihn begangen hätten. Doch ehe er dies näher ausführen konnte, fiel man von allen Seiten über ihn her und mißhandelte ihn fürchtbar. Todtschläger und Messer wurden hervorgezogen und unsere Parteigenossen verschiedentlich verletzt. Genossen Schiffer sah man die Kleider förmlich vom Leibe. Es war eben nicht gestattet, seine Meinung frei zu äußern. Der Polizeibeamte sah gemüthlich die Rohheit der „Ordnungspartei“ mit an und erklärte erst nach längerer Zeit die Versammlung für aufgelöst. Während die „Ordnungspartei“ in ihren Hochs auf den Kaiser und den Referenten kein Ende finden konnte, hatte ein Hoch auf Bebel neue Rohheiten zur Folge. Der Vorsitzende mußte lebhaft daran erinnern, daß die Versammlung aufgelöst sei, ehe die Anwesenden für gut fanden, den Saal zu verlassen.

Breslau. Seit meinem letzten hat sich hier die Situation nicht sehr verändert, die Parteien stehen sich wie Kampfschiffe gegenüber, wartend, wer den Anfang mache. Die armen Fortschrittler sind wirklich gesoppt. Im Ostbezirk müssen sie nun ihr Wort halten und dem Nationalliberalen ihre Stimme geben, während ihr armer Bürger ganz gewiß nicht im Westbezirk in demselben Maße von den Nationalliberalen unterstützt wird, vielmehr dieselben in hellen Haufen ins conservative Lager überlaufen und ihre Stimmen dem Bergrath Serlo geben. Höchstens einige Juben, welche die Angriffe, oder nennen wir's Wahrheiten, die ihnen von conservativer Seite entgegengeschleudert werden, noch nicht verschmerzt, werden für den Kandidaten Bürger's stimmen. Hierzu müssen wir des großen nationalliberalen Lichts und Grünbergens „Schottländer“ gedenken, der ja keinen kleinen Theil von Breslau's Reichthum sein eigen nennt, auch die Macht zu haben glaubt, die guten Speicher als Stimmvieh zu dirigiren, natürlich hinter den Coulissen. — Als Besitzer des Gränderorgans „Schlesische Presse“ haben seine beiden Redakteure, der große „Volkswirth“ A. Meyer und ein gewisser kleiner Bauer, eifrig zu kämpfen für einiges Vorgehen gegen die bösen Sozialisten, ja genannte Herren mußten sogar, ganz gewiß auf höhern Befehl, das Schimpfen ein klein bißchen einstellen (ganz können sie es nicht, denn da läßt die Macht der Gewohnheit sich so leicht nicht brechen), um ein bißchen Bauernfang unter nicht ganz klar denkenden Arbeitern zu treiben, viel nützen wird es natürlich nicht. — Was für ein Geschäftsgenie Schottländer, zeigt nachfolgendes: Hier brannte vor einiger Zeit eine Delfabrik ab und kaufte Schottländer die Brandstelle. Da das Mauerwerk noch brauchbar, so ließ er das Gebäude ausbauen, und zwar gründete er eine Buchdruckerei in den Partierträumen. Was nun aber mit den oberen Räumen anfangen? Da, als wenn der kluge Mann allwissend, daß in kurzem die hiesigen Gefängnisräume nicht mehr zulangen werden, läßt er die Räume zu Gefängniszellen mit obligaten schwedischen Gardinen und eisernen Thüren einrichten und vermietet dieselben für einen ganz schönen Preis an die hiesige Gefängnisverwaltung; ob er auch die Arbeitskraft der Gefangenen zu gleicher Zeit gepachtet konnte ich nicht in Erfahrung bringen, möglich wäre es, daß er einige Gefangene zu Schriftsetzern ausbilden läßt und dann seine Zeitung am billigen herstellt, so daß er alle Concurrenten aus dem Felde schlagen kann, denn binnen kurzem wird es ja gar nicht im politischen Leben auf Gefinnung ankommen, sondern die Gefinnungslumperei floriren. Herr Schottländer hat also nicht bloß ein gutes Geschäft, sondern sich auch um den Staat verdient gemacht, so daß bei dem nächsten kriechen gewiß Niemand anders Vorsehungen erhält, als dieser große Staatsbürger. — Nächstens mehr von dem Herrn.

Hannover. (An die Parteigenossen.) Seit Eintritt in die Wahlbewegung haben wir hier wunderbare Dinge erlebt; nicht genug, daß man von Seiten der Polizeibehörde und die Annahme-Beschleunigung zu Volks- und Wählerversammlungen ganz entgegen den gesetzlichen Bestimmungen verweigert, so droht auch die Polizei denjenigen Wirthen, welche aus ihre Lokale zur Verfügung stellen, mit Conzeptionsentziehung und anderen Maßregelungen, und brinabe wäre es fertig gebracht, daß wir kaum noch ein Lokal bekommen hätten, um die Mitglieder-Versammlungen des sozialdemokratischen Wahlvereins abhalten zu können. Das größte Wunder jedoch passirte am Sonntag den 14. d. M.



Morgens 8 Uhr erschienen bei acht Mitgliedern des Vereins Polizeibeamte in Galauniform, um zu hantieren. Die Herren Beamten gaben sich überall die größte Mühe und suchten mit ungeheurer Dienstfeier, jedoch blieb das Resultat gleich 0. — Am zu zeigen, wie weit es nun im deutschen Reich gekommen ist, sei bemerkt, daß die Herren, nur um etwas mitzunehmen, bei der Sucherei folgende Sachen beschlagnahmten: Zwei „Arme Conrads“, eine Broschüre „Nieder mit den Sozialdemokraten“, vier Stück Bezirks-Abschriften der Wählerlisten (welche das Arbeiter-Wahlcomité vom Magistrat für etwa 120 R. bezogen hat), einige Hundert Couverts mit Adressen, eine Correspondenz über die Gewerkschaft der Maler, Lackirer und Bergolder aus dem Jahre 1868; sämtliche auf die Affiliationsbuchdruckeri in Berlin bezughabenden Papiere, einen über 50 Mark lautenden Postchein vom 18. Januar 1877 an Geib in Hamburg; einige vollständig ungeschuldige Broschüren, z. B. Krankenkassen-Statuten. Aber damit ja der Staat gerettet werde, das Mitgliederbuch des sozialdemokratischen Wahlvereins, auch das Verzeichnis des Sängerkorps und einiges Andere; aber alles ohne Bedeutung. Die Flugblätter der Arbeiterpartei werden, trotzdem das Pflicht-Exemplar eingereicht und keine Constatation stattgefunden, durch Polizeibeamte den Colporteurs auf der Straße abgenommen und sind auch bei den Behausungen beschlagnahmt. Wie galant ein Polizei-Wachmeister bei der Hausdurchsuchung war, zeigt, daß derselbe einen Juckerlasten, um den Boden zu sehen, mit den Händen durchwühlte; andere Leute hätten hierzu einen Löffel genommen. — Wenn man bedenkt, daß der Herr Polizeipräsident v. Brandt einem Vorstandsmitgliede gegenüber erklärte: „Sie, die sozialdemokratische Partei, hat gar keine Existenzberechtigung im Staate, und wenn Ihnen das nicht paßt, so beschweren Sie sich und ich werde Ihnen mit demselben Paragraphen, auf den Sie sich berufen, beweisen, daß Sie gar keine Berechtigung im Staate haben“ — dann kann uns alles nicht mehr wundern und sind wir neugierig, was der deutsche Reichstag zum Kapitel „Freie Wahl“ sagen wird. — Eine Versammlung, in welcher wir unsern Candidaten F. W. Frischke aus Leipzig, z. B. in Berlin, vorstellen können, wird uns also durch die Polizei unmöglich gemacht. — Das ist die Situation hier; jedoch alles Das soll und darf uns nicht abhalten, für unsere Partei Propaganda zu machen und für unsern Candidaten die größtmögliche Stimmzahl zu erreichen. — Daß die Angst der Gegner groß ist, beweist der Umstand, daß sie die Bürger bitten, Hannover vor der Schande zu bewahren, einen Sozialdemokraten zur engeren Wahl kommen zu lassen. Deshalb, Parteigenossen des 8. hannoverschen Wahlkreises! Muth und Ausdauer im Kampfe mit dem bekannten Rufe: „Nicht zählen wir den Feind u. s. w.“ und mit dem festen Versprechen, treu zur Fahne der Sozialdemokratie zu stehen, rufen wir der gesammten Partei ein Glück auf! zum 30. Juli zu.

Das Arbeiter-Wahlcomité.  
F. A.: H. Rudolph.

NB. Alle alten Parteigenossen, denen es nur irgend möglich ist, uns am 30. Juli durch Verteilung von Stimmzetteln an den Urnen u. s. w. behülflich zu sein, müssen am Morgen des 30. Juli, früh pünktlich 7 Uhr, im Lokale Mittelstraße 11 part. nach hinten erscheinen. Alles Uebrige ist bei dem Vorsitzenden des Arbeiter-Wahlcomités, H. Rudolph, Mittelstraße 11, 2 Tr. zu erfahren.

**Magdeburg.** Da man aber auch gar nichts von unserer nationalliberalen Hochburg Magdeburg im „Vorwärts“ hört, so will ich mich der Mühe unterziehen, Ihnen nur einige Punkte von hier mitzutheilen. Unsere Fortschrittler und Liberalen haben sich jetzt gegen die „bösen Sozialdemokraten“ geeinigt. Dabei ist es hochinteressant, Ihnen mittheilen zu können, daß der vom seligen „Gothaer Antisozialisten-Congress“ bekannte Prediger Sachsse, der seiner Zeit nicht ein Wort zu seiner Rechtfertigung, unter Wägens Fahne marschirt zu haben, der Deffentlichkeit übergab, daß dieser Herr Prediger der „freien Gemeinde Magdeburgs“ in einer gemeinschaftlichen Versammlung der Liberalen und Fortschrittler bei Titel für die Candidatur des Herrn v. Unruh plaidirte. Es genügt für die „Vorwärts“-Leser, dies einfach mitzutheilen. — Als dieser freigemeindliche Herr im Odeon über „Konitzer“ referirte, gab derselbe die Erklärung: Er sei noch Bürgerdemokrat von 1848. O — alter Bürgerdemokrat von 1848 und unter jetziger politischer Lage für Herrn v. Unruh plaidiren! O wie schön waren seine Worte bei der Johann Jacoby-Feier am 21. März v. J. im Freigemeindehaufe: „Wenn einstmal die Kulturhistoriker das Jahr 1848 schreiben werden, so werden sie es nicht anders können, als in inniger Verbindung mit dem Namen Johann Jacoby.“ Diesen Mann schilderte der Herr in besagter Feier als einen Rustermenschen vom Scheitel bis zur Sohle, und sein Plaidoyer in oben bezeichneter Versammlung? — O Ihr freien Gemeindler Deutschlands: Johann Jacoby, v. Unruh und Sachsse, wie reimt sich dies zusammen?

**Roda, 10. Juli.** Ueber ein heiteres Vorbild zu dem Kampfe gegen die Sozialdemokratie, der, wie es scheint, also auch in unserm kleinen Orte beginnen soll, habe ich heute zu berichten. Ich besuchte seither regelmäßig noch die hiesige Sonntagschule und war am 7. d. M. früh vor 7 Uhr eben wieder im Begriff, nach der Schule zu gehen, als mir eilig folgender Brief überbracht wird:

„Herrn R. Kobisch hier. Hierdurch theile ich Ihnen mit, daß Sie die vom Staate erhaltene hiesige Sonntagschule, wie sich dies ja von selbst versteht, fernerhin nicht weiter frequentiren können; — bedauere dabei sehr, daß Sie, bei Ihren sonstigen so guten Eigenschaften, sich einer Staat und Kirche verhöhrenden Partei angeschlossen haben.“

Ihr alter Lehrer  
Weisrig.

Ich war mir nun sofort darüber klar, daß diese Maßregelung von dem betreffenden Lehrer selbst nicht ausging; denn ich erfreute mich stets der Achtung und des Wohlwollens meiner Herren Lehrer, sondern daß einfach die Schulbehörde diese weise Verordnung erlassen und der Lehrer sie zur Kenntniß des Schülers bringen mußte. Der hiesige wohlwollende Bürgermeister ist nämlich auch Schulvorstand, und dies ist Erklärung genug! Ungemein heiter ist diese lächerlich kleinliche Maßregelung deshalb, weil die Schulbehörde immer zum fleißigen Besuche der Sonntagschule aufforderte, von den Lehrern die schwache und unregelmäßige Teilnahme am Unterrichte lebhaft beklagt wird, und nun der älteste Schüler, der von seinen Herren Lehrern als einer der besten und eifrigsten Schüler belobt wurde, aus dieser Schule verwiesen wird; — weil ferner über die „Unwissenheit und Verrohung in Arbeiterkreisen“ in allen „gutgesinnten“ Zeitungen geschrieben wird und nun fernbegierige Arbeiter aus den ihnen zugänglichsten Bildungsanstalten verbannt werden; weil von allen Seiten wider die „Irrelehren der Sozialdemokratie“ zu Felde gezogen und ihre Anhänger nicht nur verdächtigt und verleumdet, sondern auch in Acht und Bann erklärt werden und dann denen, die diesen angeblichen Irrelehren zuneigen, die Gelegenheit, „wahre Belehrung“ zu erlangen, behördlich verweigert wird — und weil endlich der also Gemäßregelte diese Schule

fänglich entbehren kann. In meinem hierauf an den betreffenden Lehrer gerichteten Briefe habe ich demselben natürlich die Sache auseinandergesetzt und auf die geschichtlichen Thatfachen hingewiesen, wie ja stets neue Ideen als Irrelehren vertrieben und ihre Anhänger verfolgt wurden. (Christentum, Reformation, Galilei, Spinoza, Kopernikus, Darwin, Feuerbach, Strauß u. A.) So ergehe es jetzt auch der Sozialdemokratie, die deshalb aber trotz alledem durch solch' kleinliche Maßregelungen ebenso wenig als durch Bajonnette aus der Welt zu schaffen ist. Durch diesen Schritt der Behörde würde ich nur noch mehr befürcht in meiner Ueberzeugung. Uebrigens aber bin ich mir bewußt, daß ich durch mein Verhalten in der Sonntagschule niemals Anlaß zu solcher behördlichen Maßregelung gegeben habe. Mein ganzes „Verbrechen“ besteht darin, daß ich dem „Volksblatt f. d. Herzogth. Altenburg“ hier Eingang zu verschaffen suchte und die Filial-Expedition übernommen habe. So kann ich denn — lächelnd über derartige „geistige Waffen“ — getroßt über diese Maßregelung zur Tagesordnung übergehen und der löblichen Behörde die trefflichen Worte Herwegh's ins Gedächtniß rufen:

Habt da draußen manchen Trosch,  
Der mag vor Euch jagen;  
Ich will trotzig meinen Kopf  
Wie die Berge tragen.  
O! wie winzig dünken mich  
Eure sieben Sachen!

R. Kobisch.

**Saarbrücken, 15. Juli.** Wie verlautet, will man hier keinen Gegencandidaten aufstellen und wird Geh. Rath Pfähler, der Compromiß-Candidat der liberal-conservativ-reichstreu-reactionären Partei, siegen. Das Verfahren ist hier wie überall dasselbe: der Herr Candidat hält eine Volksversammlung ab, von etlichen 50 Reichstreuern besucht, wird von diesen eruchtet, für das Sozialistengesetz zu stimmen; derselbe ist ferner Gegner der Steuerbelastung, schwärmt jedoch für indirekte Steuern u. s. f.; andern Tags bringen die Blätter großartige Berichte: der Herr Candidat wird dem Wunsche seiner „liberalen“ Wähler entsprechen u. s. w., vergessen aber kleine Zwischenfälle zu notiren und müssen zu ihrem Leidwesen erfahren, daß sich die Reichsfeinde über solche Kleinigkeiten lustig machen. So hat z. B. bei der Wählerversammlung in Tivoli ein Assessor sich zum Wort gemeldet und war so ungeschickt, sich als Gegner des Reichstags-candidaten zu bekennen. Derselbe konnte nicht sprechen, man brüllte ihn nieder. Ein Herr Zeiß aus Sulzbach that sich hierin besonders hervor; derselbe titulirte den Herrn Assessor verschiedene Male „Vengel“, „so ein Vengel“, „dieser Vengel“; als jedoch die „Vengels“ kein Ende nehmen wollten, mußte der Vorliegende einschreiten, und klarlegen, daß doch die Herren alle einer Partei angehörten, und es zu bedauern wäre, daß solche Mißverständnisse vorkommen könnten. Herr Zeiß wollte hierauf Abbitte thun und stotterte heraus, er wäre so sehr im Irrthum gewesen, daß er geglaubt, der Herr sei ein „Ultramontaner“. Der vermeintliche Ultramontane hätte Sozialdemokrat sein müssen, die „gebildeten“ Herren würden sicher Lynchjustiz an ihm geübt haben.

**Hannover, 15. Juli.** Alle Parteien rühren sich eifrigst zur bevorstehenden Reichstagswahl. Hier sind fünf Parteien, welche je einen Candidaten aufgestellt haben. Die deutsch-hannoversche (sog. Welfen-) Partei hat den früheren Abgeordneten, Geheimrath a. D. Bruel, die Nationalliberalen ihren früheren Candidaten, Senator Wülbern, die Conservativen haben einen Amtshauptmann Brunner, die Fortschrittler den Rechtsanwält Träger, und schließlich haben die Arbeiter Fr. W. Frischke aus Berlin aufgestellt. Schreiber dieses hat die Versammlungen der vier erstgenannten Parteien besucht und kann nachstehend etwas darüber mittheilen. Während alle Parteien den Sozialdemokraten alle erdenklichen Sachen in die Schuhe schieben, muß ich gestehen, daß die deutsch-hannoversche Partei etwas milder zu Werke geht, indem sie den Liberalismus für die heutigen sozialen Schäden verantwortlich macht und meint, das Programm der Sozialisten sei nicht so verwerflich, auch sie huldige vielen Theilen des Programms; ich glaube, hiermit will man den Arbeiter auf die Weimurthe loden, um ihn zu fangen. — Die übrigen drei Parteien sind, wie bekannt, schon einig, um der Sozialdemokratie auf den Leib zu rücken. Herr Wülbern meint, die Regierungen müßten in dieser Richtung Hand in Hand gehen, denn wenn es im Hause brenne, dann sei es zu spät, darüber nachzudenken, was man für Geräthschaften haben müsse, um zu löschen. Schließlich kann sich Herr W. nicht klavisch der Partei unterordnen; wenn man das wolle, dann solle man einen andern Candidaten aufstellen. Die Conservativen sind ja, wie bekannt, die Partei Bismarck, und was sie wollen, wissen wir; darüber kein Wort, es sei zu schade um Schwärze und Druß. Die Herren vom Fortschritt mit ihren 48 eingeschriebenen Mitgliedern werfen auch Reder aus, um zu zeigen, daß auch sie die Freiheit der Arbeiter förderten; wer das glaubt, dem ist nicht zu helfen. Große Sprünge werden diese Leute nicht machen können, denn es stehen den Herren vom Comité 400 Mark zur Verfügung. Im Anfange theilte ich mit, ich hätte die Versammlungen der Parteien besucht, nur muß ich schwören über sozialdemokratische Versammlungen, und warum? Weil denselben keine erlaubt werden! Es steht doch in der preussischen Verfassung: „Jeder Preuze ist vor dem Gesetze gleich“. Es scheint aber für die Sozialisten kein Vereins- und Versammlungsgesetz zu existiren, wie reimt sich das? — Anfangs glaubten die Gegner, die Sozialisten seien jetzt ja so an die Wand gedrückt, daß sie keinen Candidaten aufstellen könnten, und würden auch wohl nicht eine Stimme erhalten. Ja, da haben die Herren die Rechnung ohne den Wirth gemacht; jetzt, seitdem Frischke aufgestellt ist, haben sie große Mangeln und meinen, bei der letzten Reichstagswahl hätten nur 800 Stimmen gefehlt, und die Sozialdemokraten wären zur engeren Wahl gekommen, sie dürften doch die „Schmach“ über sich nicht kommen lassen. Nun, daß die Herren dieses mit „Schmach“ bezeichnen, kennzeichnet die Leute in ihrer wahren Gestalt. Betroßt können wir in die Zukunft sehen, und es soll unsere Aufgabe sein, davor aufzupassen, daß den Gegnern die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Wir zeigen Allen offen, was wir wollen; nun, mit Versammlungen können wir nicht dienen, desto besser aber ist der „Staatsbürger“ (wöchentlicher erscheinendes Wahlflugblatt), denn früher mußte der Arbeiter, wenn er etwas wissen wollte, in die Versammlung kommen, jetzt wird ihm dasselbe ins Haus gebracht, — und Alles sagt, wir wählen keinen Anderen als Frischke. Wenn uns nun auch von Oben bedeutet worden, wir hätten keine Existenzberechtigung im Staate, so glaube ich, so lange unsere Steuergroschen existenzberechtigt sind, sind wir es auch noch dreimal. — Daß es auch hier an Arbeitskraft nicht mangelt, zeigt ein Inserat der Direction des hiesigen Zellengefängnisses im „Tageblatt“, welches besagt, daß 60 männliche Gefangene zur Disposition ständen. — Zum Schlusse rufe ich den Arbeitern des achten hannoverschen Wahlkreises zu: Laßt Euch nicht als Werkzeug gebrauchen, wenn

auch die Manipulationen noch so mannigfaltig sind; zeigen wir, daß wir Männer sind und unsere Ehre wahren; den Gegnern wollen wir am 30. Juli die ihnen gebührende Satisfaction ertheilen, denn ein Arbeiter kann nur einen Arbeiter wählen, denn sonst kößt er sich selbst den Dolch ins Herz! Unsere Parole ist am 30. Juli: Friedrich Wilhelm Frischke in Berlin!!!  
Socius.

**Bekanntmachung.**  
Das unterzeichnete Comité ersucht hiermit alle Genossen des 10., 11., 14. sächsischen Wahlkreises, sowie aller anderen Wahlkreise, Wahlresultate ihm am 30. Juli telegraphisch unter der Adresse: „Wahlcomité Leipzig, Besselstr.“ zuzukommen zu lassen und ist bereit, ebenfalls Nachrichten nach auswärts gelangen zu lassen. Zuschriften werden erbeten an E. Rienig, Färberstraße 12/11.  
Leipzig, 23. Juli 1878.  
Das Centralwahlcomité  
für den 10., 11., 12. und 14. Wahlkreis.

**Würzburg.** Ich ersuche alle unsere Genossen, namentlich die Coburger, und die Mitglieder der Schuhmacher- und Zimmerergewerkschaft, mir alle ihnen zur Verfügung stehenden Auskünfte über einen gewissen Kappler, der in den Jahren 1874 und 75 für die Gewerkschaften agirte und jüngst im „Schweinfurter Tageblatt“ einigt von Lügen kroschende Artikel gegen die Gewerkschaften vertrieb, scharfzünftig zukommen zu lassen, damit dieser Dursche gründlich unschädlich gemacht werden kann.  
C. F. Rid.

**Allgemeiner Arbeiter-Sänger-Bund.**  
Quittung: Verden E. 4.50, Glauchau E. 6.00, Schwerin A. L. 2. 3.00, Greiz E. C. 6.00, Zeitz, U. 6.00, Halle a/S. 2. 3.00, Kaufbeuren E. 2.00, Stollberg A. L. 2.25, Lübeck E. 12.35, Hannover A. E. 4.90, München A. G. S. 19.00, Gotha A. L. 8.45, Frankenthal 14.05, Nylan 2. 2.40, Cöslitz B. 3.50, Wandersbed 2. 5.25, Frankfurt a/M. 2. 2.00, Frankfurt a/M. Sp. 2.00, Frankfurt a/M. 2.00, Bornheim 2. 2.00, Offenbach 2. 2.00, Wühlhausen E. 2.00, Frankfurt a/M. W. 2.00, Kaufbeuren 11.07, Hiesburg A. S. B. 5.70, Hannover A. S. G. 5.85, Hanau A. G. 2.40, Reerane E. 0.60, Mannheim A. S. B. 9.60, Schwerin A. L. 9.10, Braunschweig A. G. S. 2.00.  
Es sind noch einige Beiträge für 31. März rückständig, die ich nunmehr einzuweisen bitte.  
Gotha, 1. Juli 1878.  
Mit Gruß! Emil Küger, Berg 2.

**Briefkasten.**  
der Redaktion: F. A. in Wulfsriedt: Straßbar ist heutzutage Alles, was nur irgend in Bezug auf die heutige Gesellschaftsordnung scharf ausgesprochen und gedacht wird. In Ihrem Falle können wir nichts entscheiden. — H. K. in Mannheim: Der Vorschlag ist sehr gut, aber uns fehlt die Macht, denselben durchsetzen zu können — und es liegt im Interesse der Arbeiter, die Arbeiter am 30. Juli von der Wahlurne fern zu halten, da die Majorität für uns sein würde. — M. in S.: Ja. — H. L. in Berlin: Alles erhalten. In Betreff des Letzteren wird Ihnen H. persönlich Mittheilung machen. — William W. in Göttingen: Ihre Zuschrift ist nicht zu verwerten; jedoch für uns insofern unbrauchbar, als wir nicht im Stande, uns mit jedem national-liberalen Winkelblatt über solche Punkte, die schon tausendmal widerlegt sind, herumzustricken. — A. W. in Frankenhäuser: Ihr Brief wurde an den Candidaten B. Vogt, Gotha, Mühlgrabenweg 3, gesandt. — Spantische Weinhalbe in Zürich: Baden hatte schon vor 1866 eine Militär-Convention mit Preußen abgeschlossen und besch schon damals keine eigene Militärverwaltung.  
der Expedition: G. J. in R. und Chr. Riff. in Duedlberg: Wir haben Ihre Briefe dem Central-Wahlcomité übersandt, von Hamburg wird Ihnen weitere Nachricht zugehen. — G. in Strauß: Es werden dort 6 Vorwärts gelesen.

Quittung: B. Schw. i. Gmünd. f. Druck 9.50, Genossenschaftsbuchdruckeri Bremen Ab. 200.00, Hrmngsh. St. Louis Ab. 84.00, Krb. hier Ab. 13.40, Expedition d. Tagewacht Jülich Ab. 300.00, Schrdr. Plagwitz Ab. 3.00, Ant. Frankfurt Ab. 40.00, Sidelberg, Bordeaux Schrift. 2.00, Rth. Hjosos i. Ung. Ab. 8.75, Pfr. Düssel-dorf Schrift. 3.00, Jffind. Vochum Schrift. 1.00, Langsdorf, Barmen Schrift. 15.20, Krz. Frankfurt Schrift. 1.00, Schmidt, Kirchheimbolanden Schrift. 6.00, Oldhn. Freiberg Schrift. 3.00, Gln. Bern Schrift. 3.50, Sch. hier Blicate 3.00, Rrg. Weislag Schrift. 2.50, Wlk. Schrift. 1.00, Brt. Herlohn. Schrift. 1.70, Sfrt. Cottbus Schrift. 3.50.

**Wahlfonds.**  
Gln. Bern 0.50, Genossen in Harzdorf 2 fl. 50 Stk. = 4.37, Mtr. hier 10.00, Stollberg, Bordeaux 4.00, Genossen in Rappersdorf 3 fl. Stk. = 5.25, Lisse 906 durch R. 3.05, Lisse 902 d. F. 8.00, Lisse 897 d. Hgrsch. 5.55.

Herr Oscar Vaute wird ersucht, mir seine jetzige Adresse mitzutheilen. Siegen. A. Becker.

Herr H. Dehme, früher in Hannover wird ersucht, seine Adresse nach Hildesheim bekannt zu geben.

**Zur Beachtung.** Für den Wahlkreis Penne-Rettmann ist unser Genosse Carl Henning, Zeichner und Bandwirker in Ronsdorf, aufgestellt. Stimmzettel dürfen nur wie oben lauten.

— Infolge der Aufforderung in Nr. 78 des „Vorwärts“, diejenigen Firmen zu veröffentlichen, welche die Arbeiter wegen ihrer politischen Gesinnung maßregeln, sind uns bis jetzt folgende zugegangen: Hildesheim: A. Berg, Manufaktur- und Herren-Garderobegeschäft. Hartwig, Hofschneidemeister. S. Sasse, Schneidemeister.

**Allgemeine Deutsche Associationsbuchdruckerei in Berlin** (Eingetragene Genossenschaft).  
Da die auf Sonntag den 21. d. M. einberufene ordentliche Generalversammlung politisch gestört wurde, so berufen wir hierdurch eine  
**Außerordentliche Generalversammlung** auf Sonntag, den 25. August d. J., Morgens 10 Uhr, ein und findet dieselbe in den  
**Gesäßsräumen der Association,** Berlin SO., Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a, Hof 2 Treppen, statt.  
Laut § 21 der Statuten sind etwaige Anträge zur Generalversammlung bis spätestens den 3. August d. J. bei dem Unterzeichneten einzureichen. — Nur diejenigen Mitglieder, welche gemäß § 11 ihre Pflichten erfüllt haben, sind zur Stellung von Anträgen berechtigt.  
Hamburg, den 23. Juli 1878.  
Der Aufsichtsrath. Im Auftrage: August Geib. [540]

**Unterstützungsverein für arbeitslose Metallarbeiter für Leipzig und Umgegend.**  
Sonabend Abend punkt 1/2 9 Uhr, Tauscherstraße Nr. 12 Hof links  
**Generalversammlung.**  
Tagesordnung: 1) Rechenschaftsbericht, 2) Bericht der Revisoren, 3) Anträge und Aufnahme neuer Mitglieder. — Nicht anwesende Mitglieder zahlen 25 Pf. Ordnungsgeld.  
NB. Obige Kasse ist ebenfalls mit einer Kranken- und Sterbekasse verbunden.  
Verantwortlicher Redacteur: Julius Künzel in Leipzig. Redaktion und Expedition Färberstr. 12. II. in Leipzig. Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.